

Dr. Johannes Hahn

EU-Kommissar für Regionalpolitik, Brüssel

Vielen Dank, Herr Professor,
meine Damen und Herren,

die ersten zwei Dinge, die Sie angenommen haben, sind sicher, es gibt eine neue Kommission, und Österreich wird auch einen Kommissar stellen, den Rest wird man dann später sehen.

Ich möchte auch einleitend die Gelegenheit nutzen, dem Herrn Botschafter auch im Namen der europäischen Familie unser tiefes Mitgefühl zum Ausdruck zu bringen, nicht nur das Mitgefühl, Sie wissen, wir haben ja schon gemeinsam den Zivilschutz-Mechanismus aktiviert, es gibt aus verschiedensten Ländern Europas – auch aus Österreich, aus Niederösterreich – die Unterstützung.

Da Serbien mittlerweile Beitrittskandidat ist, sind auch die Möglichkeiten, den Europäischen Solidaritätsfonds zu aktivieren, gegeben und, sobald wir die entsprechenden Informationen und Meldungen haben, gehe ich eigentlich davon aus, dass es Möglichkeiten geben wird, auch diesen Solidaritätsfonds anzusprechen, denn unglücklicherweise sind ja offensichtlich die Schäden weit über den Schwellenwerten, die notwendig wären, um diesen Fonds anzusprechen.

Ich habe, ehrlich gesagt, bei den Berichterstattungen aus den Arbeitskreisen, da würde man ja unglaublich versucht sein, eine unendliche Liste an Kommentaren und Ergänzungen abzugeben; ich muss wirklich sagen, ich bin beeindruckt von dem, was ich hier gehört habe, weil offensichtlich auf hohem fachlichen Niveau diskutiert wurde, Meinungen eingebracht wurden und es gezeigt hat, dass es doch offensichtlich das Bedürfnis gibt, dass auf europäischer Ebene da und dort noch mehr Koordination und Zusammenarbeit stattfindet und auch Verantwortung übernommen wird.

Es gibt da ein paar Punkte, da müssen sich vor allem auch die Mitgliedsländer bewegen, das soll jetzt gar nicht kritisch gemeint sein, sondern das muss man in Erinnerung rufen, denn, Herr Landeshauptmann, das mit dem Olivenkännchen ist richtig, da müssen wir, sage ich einmal, als Union oder als Kommission Mechanismen entwickeln, dass wir derartige Begehrlichkeiten, die aus den Mitgliedsländern an uns herangetragen werden, ehrlich gesagt, schon im Ansatz unterbinden, denn es hat 15 Mitgliedsländer gegeben, die den Wunsch geäußert haben, dass wir das regeln aus nachvollziehbaren Gründen, weil sich dadurch wahrscheinlich der Umsatz an Olivenöl gesteigert hätte, also das ist ja ein legitimer Ansatz, aber es wäre ebenso legitim oder jedenfalls intelligent, das sozusagen den nationalen Regelungskreisen zu überlassen.

Bei der Energiepolitik, glaube ich, eine der großen Herausforderungen in den nächsten Jahren, da muss man auch in Erinnerung rufen, dass es die Weisheit unserer Mitgliedsländer war festzuhalten, dass Energiepolitik nationale Kompetenz ist. Das wird sicherlich ein Punkt sein, den man in der Zukunft intensiver diskutieren wird müssen, denn in der Tat eine koordinierte Aktivität kann hier nur stattfinden, indem über das Maß der Koordination auch Beschlüsse gefasst werden können, die dann letztlich auch in nationale Aktivitäten umgeleitet werden.

Also hier ist sicherlich Handlungsbedarf, und ich gehe davon aus, dass die neue Legislaturperiode, die neue Kommission, das neue Parlament etc., dass diese Periode tatsächlich das sein wird, was eigentlich die jetzt zu Ende gehende hätte sein sollen, nämlich eine Periode der Konsolidierung. Wir sind ja 2009/2010 davon ausgegangen, dass mit dem Abschluss des Lissabon-Vertrages wir jetzt ungefähr eine Periode von fünf Jahren brauchen werden, bis sich alle Beteiligten sozusagen an die neuen Spielregeln gewöhnt haben, insbesondere das Zusammenspiel zwischen dem Rat, dem Parlament, der Kommission, aufgrund der neuen Regeln ja einiges an – wie soll ich sagen – Eingewöhnungszeit bedarf.

Diese Absichten haben sich überholt einfach durch den Umstand, dass wir auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reagieren mussten. Wir waren also durch Jahre hindurch beschäftigt, hier täglich zu agieren und Entscheidun-

gen zu treffen, und das hat letztlich aber auch dazu geführt, dass im Zuge dieser Krise die Integration fortgeschritten ist übrigens in eine Richtung, die wir – glaube ich – alle für richtig empfinden, nämlich sich um die wirklich wesentlichen Dinge zu kümmern, und das ist eben eine Koordination in der Wirtschaftspolitik, auch in der Budget- und Finanzpolitik.

In der Richtung sind zusätzliche Aufgaben auf die europäische Ebene übertragen worden und daher glaube ich, dass die neue Legislaturperiode dazu dienen wird, mit all diesen neuen Mechanismen, mit diesen neuen Erfahrungen sich intensiv auseinanderzusetzen, sich zu konsolidieren, aber natürlich gibt es ein paar Themen, die auch weiter entwickelt werden müssen, Energiepolitik ist ein Thema, und es ist offensichtlich auch gestern in den Reden und auch in den Berichten der Arbeitskreise irgendwo durchgeschimmert, natürlich auch in der Außen- und Sicherheitspolitik, denn auf die Dauer ist es nicht haltbar, ich sage das ganz offen, dass wir in der Außenpolitik ein Einstimmigkeitsprinzip verfolgen, denn das hindert einfach einigermaßen schnelle Entscheidungen und Reaktionen, die notwendig sind.

Dazu kommt, dass rund um Europa aus verschiedenen geostrategischen Gründen sich die Dinge verändert haben. Die USA haben ihr – ich will nicht sagen – Interesse stark gekoppelt an wirtschaftliche Interessen im Mittelmeerraum, im Nahen und Mittleren Osten nicht mehr in dem Ausmaß, in dem sie es hatten.

Das ist aber unsere unmittelbare Nachbarschaft, und hier sind wir einfach gefordert – auch im eigenen Interesse – viel stärker, viel initiativer in Erscheinung zu treten und als Europäische Union, als Union und nicht als Zusammenfassung von Einzelstaaten, die Interessen wahrzunehmen.

Selbiges gilt eben auch für die Diskussion östlich von Europa, die östliche Partnerschaft, die östlichen Nachbarn, die aktuellen Diskussionen.

Insofern, Herr Landeshauptmann, hast Du recht, dass jedes Jahr sozusagen ein Spezifikum darstellt und Göttinger immer die Möglichkeit bietet, als das europapolitische Highlight im Jahreskreislauf in Österreich, dass wir zu den jeweils aktuellen Dingen auch uns grundsätzlich äußern. Natürlich die Situ-

ation in der Ukraine ist Gegenstand und Anlass, hier zu reflektieren und nachzudenken, denn die Ukraine ist ja, wenn Sie so wollen, nur ein Synonym für eine größere Auseinandersetzung, für eine größere Diskussion, die wir führen.

Es wird soviel in diesen Tagen über Gedenktage, Gedenkjahre geredet, 1989, 1914, 10 Jahre Mitgliedschaft der früheren osteuropäischen Staaten. Es gibt hier ein anderes Datum, wo wir sagen können, wir sind am Vorabend, und wo ich schon heute darauf aufmerksam mache oder aufmerksam machen möchte, dass in der Diskussion darüber wir nicht zu sehr nur Bezüge zur Vergangenheit herstellen: Es ist das Jahr 2015, wo wir 200 Jahre Wiener Kongress feiern werden.

Es mag wirklich ein Zufall der Geschichte sein, nicht wahr? Wir hatten 1789, wo Europa aufgebrochen ist, wo in der Folge dessen es Unruhen gegeben hat und der Wiener Kongress in der historischen Analyse allgemein gesehen wird und qualifiziert wurde und wird als die Neuordnung Europas.

Ich möchte einfach davor warnen, dass wir in die Versuchung zurückfallen, hier eine Anlehnung zu nehmen an 1815 und wieder von einer Neuordnung Europas reden.

Ich glaube, 2015 sollte das Jahr sein, oder wir sollten darüber nachdenken wie wir Europa weiterentwickeln, denn Neuordnung würde ja implizieren, dass wir darüber nachdenken wie wir diesen Kontinent nach all den Ereignissen von 1989 neu ordnen und das würde möglicherweise ein bisschen in diese Entwicklung hineinspielen, mit der wir uns konfrontiert sehen, dass etwa Russland meint, das Rad der Zeit zurückschrauben zu wollen.

Das geht nicht, meine Damen und Herren. Wir haben mit 1989 etwas begonnen, was noch nicht abgeschlossen ist, die Befreiung dieses Kontinents von Zwang, von Restriktionen, von Einschränkungen, von Unfreiheit. Wir sind es unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Europa schuldig, nämlich in jenen Ländern Europas, wo es noch nicht diese Freiheiten, diese Selbstverständlichkeiten gibt, die uns allen so selbstverständlich sind, gegeben sind.

Insofern haben wir eine Aufgabe zu erfüllen, ich sage das deshalb, weil wir insgesamt – und ich mache mir Sorgen – erlahmen in diesem Bemühen, Europa weiterzuentwickeln.

Ich glaube, Frau Echerer hat gesagt, in ihrem Arbeitskreis haben sie darüber diskutiert, ob es noch die Grenzen, den Eisernen Vorhang gibt. Natürlich gibt es sie nicht mehr, aber ich habe ein bisschen das Gefühl, das in den Köpfen verschiedener Menschen solche Vorhänge wieder aufgebaut werden, dass die Zweiteilung Europas bei vielen noch nicht überwunden ist, dass manche in ihren Bemühungen, demokratische Reife zu erlangen, etwas erlahmen und dass auf der anderen Seite das Bedürfnis eben da ist, Territorien wieder zurückzugewinnen und einen status quo ante wieder herbeizuführen, das Ganze eingebettet in eine Stimmungslage, die ein bisschen signalisiert, naja, mit der Erweiterung legen wir jetzt einmal eine Pause ein.

Ich glaube, gerade hier in Österreich, wir Österreicher und Österreicherinnen, sollten und müssen ein Interesse haben, gerade am Balkan, am westlichen Balkan die Integration weiterzuführen, die wir begonnen haben.

Natürlich müssen die Voraussetzungen gewährleistet sein und auch wir von Seiten der Europäischen Kommission haben unsere Lektionen gelernt wie Beitrittsverhandlungen zu führen sind und deswegen glaube ich, ist es eine vernünftige, ist es eine zielgerichtete Entscheidung, dass wir etwa bei den Verhandlungen mit Serbien aus den Erfahrungen der Vergangenheit mit dem Justiz-, mit dem Rechtsstaatlichkeitskapitel beginnen, um hier gleich am Beginn die notwendigen Grundlagen zu schaffen, so dass, wenn es dann zum Beitritt kommt, viele der Dinge, die wir heute kritisieren noch mit Bulgarien, Rumänien, mit Kroatien, dass die zu diesem Zeitpunkt schon gelöst sein werden, weil während der Verhandlungen hier ein entsprechendes Augenmerk geleistet ist und working progress gegeben ist und gewährleistet ist, so dass beim Beitritt wir dann wirklich die Gewähr haben, dass dieses Land, das beitrifft, vom ersten Tag des Beitritts sozusagen allen Kriterien in dem Umfang entspricht wie wir uns das vorstellen.

Da geht Qualität vor Geschwindigkeit, aber das heißt nicht, dass wir nicht mit Ernsthaftigkeit, mit Konsequenz hier daran arbeiten sollen, das heißt

also, die Vollendung des europäischen Projektes sollte unsere Zielsetzung sein.

In diesem Lichte wünsche ich mir, dass 2015 eben ein Jahr der Weiterentwicklung der Europäischen Union ist und nicht einer rückwärts betrachteten Neuordnung dieses Kontinents. Dazu ist kein Anlass. Die Neuordnung haben wir vorgenommen 1951 und 1989, jetzt geht es darum, die Dinge zu einem guten Ende zu führen und klarzumachen – und ich glaube, das ist die Botschaft auch an unsere russischen Partner –, es geht darum, Wohlstand in die Regionen zu bringen, Wohlstand heißt auch sozialen Frieden, das ist die Herausforderung der Gegenwart, es ist die primäre Zielsetzung, oder es muss die primäre Zielsetzung sein, den alten Gründungsgedanken der Europäischen Union eines Jean Monet durch eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit, wirtschaftlichen Wohlstand, persönliches Wohlergehen, zu erzielen und auf der Basis dafür Sorge zu tragen, dass bewaffnete Auseinandersetzungen der Vergangenheit angehören, und Russland muss ein großes Interesse daran haben an einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Wir sind nicht nur abhängig von Gaslieferungen, Russland ist davon abhängig, dass wir dieses Gas nicht nur bezahlen, sondern dass auch europäische Güter und Waren nach Russland exportiert werden, die dort von der Bevölkerung geschätzt werden und wo etwa durch die dramatische Abwertung des Rubel die Möglichkeiten der Bevölkerung, diese Waren zu kaufen, deutlich abgenommen haben.

Also es gibt ein gegenseitiges wirtschaftliches Interesse. Das klarzumachen, das herauszuarbeiten sollte ganz intensiv Gegenstand der Verhandlungen sein. Es wird viel über Wirtschaftssanktionen gesprochen, die eigentlichen Sanktionen finden am Markt statt, dort, wo Investoren zurückschrecken zu investieren, was gegenwärtig in Russland der Fall ist. Das ist die gravierendste Sanktion, aber auch mit den nachhaltigsten Folgen. Hier hat und wird Russland sicherlich begreifen, dass es nicht eine Einbahnstraße ist, sondern dass es ein gegenseitiges Geben und Nehmen ist. Es wäre gut, wenn die Grenzen hier abgesteckt werden. Auch das ist etwas, was zu Reflexionen Anlass geben sollte aus ursächlich europäischer Sicht.

Möglicherweise muss man entkoppeln die Interessenslage der Europäischen Union von jener der NATO. Die europäische Integration im Wege der Europäischen Union ist das eine Thema, die Sicherheitsaspekte und vielleicht hier klarzustellen, dass man nicht überall hin will, ist etwas anderes. Mit etwas mehr Sensibilität an die Dinge heranzugehen aus egoistisch europäischer Sicht sollte unsere Interessenslage sein, so dass wir weder verführt werden durch Zuflüsterungen von jenseits des Atlantik noch Kopfschmerzen bekommen aufgrund von Aktionen aus Moskau.

Wir können hinreichend selbstbewusst sein, um unsere Dinge in die Hand zu nehmen, wir haben die Qualität, die Qualifikation und die Erfahrung, und wir haben den Drag Record, was wir als Europäische Union in den Jahrzehnten seit Ende des Zweiten Weltkriegs zusammengebracht haben

In diesem Sinne danke ich Ihnen für das engagierte Mittun; ich habe der Frau Landesrätin schon angeboten, was immer ich im nächsten Jahr machen werde, ich stehe mit großer Leidenschaft und Begeisterung zur Verfügung, insbesondere mit jungen Menschen über und für Europa zu diskutieren; es ist das beste Investment, das man machen kann.

Vielen herzlichen Dank!